

Auf dem Weg zur Reform des EU-Haushalts

Eine Zwischenbilanz des Konsultationsprozesses

Peter Becker

Mit der Überprüfung des EU-Budgets steht der nächste große Reformprozess ganz oben auf der europäischen Tagesordnung. Der Europäische Rat beauftragte im Dezember 2005 die Europäische Kommission, »eine vollständige, weitreichende Überprüfung vorzunehmen, die sämtliche Aspekte der EU-Ausgaben, einschließlich der GAP [Gemeinsamen Agrarpolitik] und der Eigenmittel, einschließlich der Ausgleichszahlung an das Vereinigte Königreich, abdeckt, und darüber 2008/2009 Bericht zu erstatten«. Im September 2007 veröffentlichte die Kommission ein Konsultationspapier (»Den Haushalt reformieren, Europa verändern«) und stieß damit den Reformprozess an. Es folgten Reaktionen der nationalen Regierungen, von Parlamenten, Verbänden und Interessengruppen. Eine erste Analyse der vorliegenden Positionspapiere lässt erkennen, dass die Gelegenheit zu einer grundlegenden Reform der europäischen Ausgabenpolitik und des EU-Eigenmittelsystems von verhandlungstaktischen Erwägungen der Mitgliedstaaten überlagert wird. Eine einmalige Reformchance droht damit vertan zu werden.

Die erste Etappe des Haushaltsüberprüfungsprozesses wurde am 15. Juni 2008 mit dem Ende der Konsultationsphase abgeschlossen. Die EU-Kommission hatte mit ihrem Konsultationspapier versucht, der Reformdebatte eine Struktur zu geben und eigene Schwerpunkte zu setzen. Zunächst war als Abschluss der Konsultationsphase der 15. April vorgesehen; weil die Kommission jedoch unmittelbar vor Ablauf der Frist mit Stellungnahmen überhäuft wurde, verlängerte sie die Frist um zwei Monate – und damit auch über den Termin für das irische Referendum zum Lissabon-

ner EU-Reformvertrag am 12. Juni hinaus. Als Folge verschiebt sich ebenso der Beginn der zweiten Etappe des Reformprozesses. Die Kommission wird wahrscheinlich erst im Frühjahr 2009 den Bericht vorlegen, der ihre Schlussfolgerungen aus dem Konsultationsprozess und ihre Vorschläge für eine Reform des EU-Budgets enthalten soll.

Das Konsultationspapier der EU-Kommission

Ziel der öffentlichen Konsultation war es, eine umfassende Debatte über die Stärken

und Schwächen des EU-Haushalts zu lancieren. Die Europäische Kommission wollte mit dieser Grundsatzdiskussion neue, vielleicht auch ungewöhnliche Reformideen zusammentragen – und zwar losgelöst von den eigentlichen Verhandlungen über den nächsten Finanzrahmen 2013–2020. Im Idealfall sollten die Ergebnisse des Konsultationsprozesses über eine Sammlung nationaler und sektoraler Partikularinteressen hinausgehen. Worauf man hoffte, waren gemeinsame Antworten auf die Herausforderungen, vor die sich die EU gestellt sieht.

Dahinter stand die Vorstellung, dass eine öffentliche Konsultation im Kreis der Mitgliedstaaten das gegenseitige Verständnis für nationale Ziele, Interessen und Beschränkungen wachsen lässt und damit auch die späteren Finanzverhandlungen weniger konfliktreich ablaufen können. Die Konsultation sollte demnach vor allem dem Zweck dienen, ein gemeinsames Bewusstsein für spezifische Anliegen zu entwickeln. Auf dieser Grundlage würde man anschließend entscheiden, wie das Einnahmen- und Ausgabensystem der EU künftig zu gestalten ist.

In dieser den konkreten Finanzverhandlungen vorgeschalteten Debatte sollte es laut Kommissionspräsident José Manuel Barroso keine Tabus geben – es gehe nicht vorrangig um Geld, sondern um eine Vision für das Europa der Zukunft. Allerdings stellt sich die grundsätzliche Frage, ob eine Konsultation der europäischen Öffentlichkeit ein angemessenes Instrument zur Eröffnung der Reformdiskussion darstellt. Schließlich haben sich die Beratungen über den mehrjährigen Finanzrahmen der EU, das EU-Eigenmittelsystem und die Ausgabenpolitik zu einem der komplexesten Verhandlungsprozesse in der Europäischen Union entwickelt. Angesichts der Vielfalt der Reaktionen ist die kritische Nachfrage berechtigt, ob alle Wortmeldungen den gleichen Einfluss auf die Meinungsbildung des Kommissionskollegiums haben sollen. Kommt also der Stellungnahme des deutschen Bundesrates dieselbe Bedeutung zu

wie den Anmerkungen der australischen Regierung (die sich auch beteiligte) oder jenen des Europaforums aus Nordschweden? Will die Kommission aus dem öffentlichen Konsultationsprozess eine eigene, politisch kohärente Position ableiten, wird sie nicht umhinkommen, im weiteren Verfahren eine Gewichtung der eingegangenen Beiträge vorzunehmen. Die Kriterien, an denen sie sich dabei orientiert, werden jedoch ihrer diskretionären Politik vorbehalten bleiben.

In ihrem Konsultationspapier rückte die Kommission drei Fragen in den Vordergrund:

- ▶ das Verhältnis von Stabilität und Flexibilität in dem siebenjährigen Finanzrahmen, also die Frage nach der Vorhersehbarkeit und der Anpassungsfähigkeit der Haushaltsansätze;
- ▶ die Bedeutung eines möglichen europäischen Mehrwerts, der zum Maßstab für eine reformierte Ausgabenpolitik werden könnte;
- ▶ die Reform des europäischen Eigenmittelsystems und des Systems der Rabatte und Korrekturen.

Weil das EU-Budget – wie jeder nationale Haushalt auch – ein wesentliches Instrument zur Politiksteuerung und zur Umsetzung der selbstgesteckten Ziele darstellt, formulierte die Kommission in ihrem Konsultationspapier eine lange Liste politischer Herausforderungen, aus denen sich die künftigen Schwerpunkte der europäischen Politik ergeben sollen. Dazu gehört neben der fundamentalen Notwendigkeit, angesichts der Globalisierung die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu wahren, auch der zunehmende Migrationsdruck auf den Kontinent. Die Kommission nannte zudem die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die europäischen Gesellschaften, die Folgen des Klimawandels, die Gefahren von organisierter Kriminalität und internationalem Terrorismus sowie die Konsequenzen der wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten innerhalb der EU. Darüber hinaus verwies sie auf die weltweit gestiegenen Erwartun-

gen an die Europäische Union als Akteur in der internationalen Politik. Damit hatte die Kommission – ohne eine Gewichtung vorzunehmen – das gesamte Spektrum möglicher Herausforderungen und Erwartungen an die EU und ihre Mitgliedstaaten abgesteckt. Sie leitete daraus die Forderung ab, dass die EU mit ausreichenden finanziellen Ressourcen ausgestattet wird, um auf die neuen Anforderungen vorbereitet zu sein und die Erwartungen der Bürger an eine effiziente europäische Politik erfüllen zu können.

Hinsichtlich der Einnahmenseite betonte das Konsultationspapier, dass die Budget-Überprüfung dem System der EU-Eigenmittel besondere Aufmerksamkeit widmen müsse. Dennoch blieb die Kommission mit entsprechenden Vorschlägen zurückhaltend; insbesondere vermied sie den Begriff der EU-Steuer. Auffallend an dem Papier ist, dass es die für den EU-Haushalt durchaus wichtige Frage der Aufnahme neuer Mitglieder unerwähnt lässt. Es bleibt offen, ob die Kommission eine neuerliche Erweiterung bis zum Jahr 2020 ausschließt.

Ohnehin kann die noch bis zum Spätsommer 2009 amtierende Kommission nur einen wichtigen Zwischenschritt im Prozess der Haushaltsüberprüfung vollziehen. Sie wird aber keinesfalls einen Entwurf für einen neuen mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum ab 2014 oder detaillierte Vorschläge zum Gesamtumfang des nächsten Finanzrahmens und zur Aufschlüsselung auf Haushaltslinien vorlegen. Dies wird der im Herbst 2009 neu zu berufenen Kommission vorbehalten bleiben.

Schwerpunkte der Stellungnahmen

Insgesamt liegen derzeit rund 250 Stellungnahmen vor. Sie werden von der Kommission sechs verschiedenen Kategorien zugeordnet: öffentlicher Sektor und nationale Regierungen, privater Sektor, regierungsunabhängige Organisationen, Bürger, Universitäten/Wissenschaftler sowie andere. Auffallend ist das regionale Ungleichgewicht der Wortmeldungen. Deutlich unterrepräsentiert sind Reaktionen aus den

neuen und den südeuropäischen Mitgliedstaaten und damit aus dem Kreis der potentiellen Nettoempfänger. Hinzu kommt, dass Regionen und Kommunen sich sehr stark an der Konsultation beteiligt haben; zurückhaltender zeigten sich dagegen nationale Parlamente und deren Fraktionen.

Positiv zu bewerten ist das relativ breite Engagement von Nichtregierungsorganisationen, Interessenvertretern und Verbänden. Selbstverständlich nutzen diese Gruppen die Möglichkeit der Konsultation, um für ihre sektoralen Interessen zu werben. Sie sehen hier die Chance, eine Neuausrichtung der Ausgabenprioritäten und eine stärkere finanzielle Förderung ihrer besonderen Anliegen aus dem EU-Haushalt einzufordern. Dabei hält sich bei den Lobbyvertretern die Zahl der Stellungnahmen zugunsten von Wirtschafts- und Industrieinteressen in etwa die Waage mit Papieren von Gewerkschaften und Sozialverbänden sowie Umwelt- und Naturschutzgruppen und Agrarverbänden.

Die signifikante Häufung der Stellungnahmen – insbesondere von den nationalen Regierungen – in den letzten Tagen vor dem ursprünglichen Ablauftermin der Konsultationsphase erlaubt zwei mögliche Schlussfolgerungen: Zum einen könnte diese Häufung auf einen intensiven interministeriellen Diskussions-, Abstimmungs- und Koordinierungsprozess innerhalb der Regierungen hindeuten, der rund ein halbes Jahr in Anspruch genommen hat und eben nicht schneller abzuschließen war. Diese Vermutung ist angesichts der eingespielten Koordinierungsmechanismen der Regierungen allerdings wenig plausibel. Eine andere Erklärung erscheint einleuchtender: Die Haushaltsüberprüfung wird als Auftakt der Verhandlungsrunde zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen 2013–2020 verstanden. Die nationalen Administrationen unterscheiden demnach nicht zwischen konkreten Finanzverhandlungen und der Debatte über einen grundsätzlichen Reformbedarf, die relativ offen angelegt sein sollte. Damit werden sie der ursprünglichen Intention der Staatschefs

nur begrenzt gerecht: Bei dieser Revision sollte es eigentlich darum gehen, unbelastet vom Blick auf die Details der Finanzströme eingefahrene Strukturen zu hinterfragen und gegebenenfalls zu verändern. Es zeichnet sich allerdings ab, dass die Finanzverhandlungen erst dann ernsthaft aufgenommen werden, wenn eine neue EU-Kommission bis 2010/11 ihren mit Haushaltsansätzen unterlegten Vorschlag zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen vorlegen wird.

Nicht ohne Grund verweisen sowohl die Bundesregierung als auch die Regierungen Luxemburgs und Frankreichs in ihren Reaktionen darauf, dass es sich bei der Haushaltsüberprüfung um einen mehrjährigen Prozess handle und die nun abgegebene Stellungnahme keine bindende Positionierung für die später anstehenden Finanzverhandlungen darstelle. Und nicht ohne Grund hat sich die britische Regierung, auf deren Betreiben der Revisionsprozess überhaupt erst ins Leben gerufen wurde, noch nicht mit einer eigenen Stellungnahme in die Konsultation eingeschaltet. Dennoch ist es zweifellos ein großer Vorteil dieses Konsultationsprozesses, dass die Mehrzahl der Mitgliedstaaten ihre nationalen Maximal- und Minimalverhandlungspositionen bereits zu Beginn formuliert und offengelegt hat.

Umgekehrt ist es allerdings gerade diese Transparenz, die weitere taktische Erwägungen auslösen muss. Bei welchen Positionen handelt es sich um unverrückbare, »echte« nationale Interessen und welche sind aus taktischen Erwägungen eingebracht, im Prinzip also verhandelbar? Die Unterscheidung zwischen taktischen Rückfallpositionen und inhaltlich begründeten Festlegungen ist also eine Aufgabe, der sich die Kommission, aber auch die Regierungen bei der Vorbereitung der nächsten Schritte annehmen müssen.

Für die Kommission wird es von der Interpretation der Stellungnahmen abhängen, wie groß die potentielle Schnittmenge der vorliegenden Positionierungen ausfällt und welche Reformvorschläge eine realis-

tische Perspektive auf Umsetzung haben. Allerdings ist die Europäische Kommission kein neutraler Makler oder distanzierter Beobachter, sondern selbst ein interessengeleiteter Teilnehmer am Verhandlungsprozess. Auch sie stellt taktische Erwägungen an, auch sie verfolgt institutionelle Eigeninteressen. Diese spielen zweifellos eine Rolle, wenn die Kommission zu prüfen hat, welche Stellungnahmen von anderen Akteuren (Verbänden, Parteien und gesellschaftlichen Gruppen) sie in welchem Maße in ihre eigenen Überlegungen aufnimmt.

Vier Leit motive auf der Ausgabenseite

Zu einer entscheidenden Messlatte für die Diskussion über eine adäquate Mittelausstattung der EU dürfte die *Begründung eines europäischen Mehrwerts* werden. Bislang ist offen, worin ein solcher Mehrwert bestehen und wie man ihn messen könnte. In den Stellungnahmen werden sehr unterschiedliche und teilweise gegensätzliche Kriterien zu seiner Definition aufgeführt.

Die Bundesregierung benennt folgende Mehrwertindizes: ein gemeinsames Interesse der Mitgliedstaaten, Kostenvorteile, das Erreichen einer kritischen (Finanz-) Masse, eine erhöhte Effizienz, die Vergrößerung des Anwendungsbereiches eines Grundrechts oder einer Grundfreiheit, eine positive Kosten-Nutzen-Abwägung und die Verhinderung einer Fragmentierung von Binnenmarkt oder europäischem Rechtsraum. Andere Mitgliedstaaten fügen dieser Liste weitere Kriterien hinzu, wie die Vermeidung von Duplizierungen und Parallelstrukturen, die Anstoßwirkung gemeinsamer Maßnahmen für eigenständige Politiken, den gesamteuropäischen Effekt und die Steigerung gemeinsamer Verhandlungsmacht im internationalen Rahmen.

Einige Empfängerländer argumentieren dagegen, dass die Orientierung am europäischen Mehrwert keinesfalls die bestehenden Gemeinschaftspolitiken in Frage stellen dürfe. Gerade diese integrierten

Politiken (die Gemeinsame Agrarpolitik und die Kohäsionspolitik) seien beispielhaft für den erreichten europäischen Mehrwert – dessen Höhe zeige sich am Ausmaß der Finanzierung der Gemeinschaftspolitiken aus dem EU-Haushalt. Umgekehrt schließe deshalb gerade das Ziel des europäischen Mehrwerts eine Ko-Finanzierung dieser Aufgabenbereiche mit nationalen Haushaltsmitteln aus.

Die unterschiedlichen Auffassungen darüber, was unter dem Begriff des europäischen Mehrwerts zu verstehen ist, und die zum Teil gegensätzlichen Kriterien zu seiner Operationalisierung bestätigen die Schlussfolgerung, dass es sich hier um die Definition eines qualitativen Instruments handelt. Ein europäischer Mehrwert ist jedenfalls kaum quantitativ bestimmbar oder messbar. Umstritten ist auch die Frage, ob er zwangsläufig zu einer europäischen Förderpolitik und zur Bereitstellung von EU-Haushaltsmitteln führen muss. Häufig, so der Einwand einiger Regierungen, seien europäische Rechtsetzung und regulative Politik ausreichend oder sogar besser. Das Konzept des europäischen Mehrwerts sei deshalb auch stets unter Berücksichtigung der Prinzipien von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit zu bewerten. Letztlich bleibt die Bestimmung des europäischen Mehrwerts und die damit einhergehende Zuordnung der Finanzmittel eine politische Entscheidung.

Als weiteres Leitmotiv zeichnet sich die Diskussion über den richtigen *Ansatz für die Finanzverhandlungen* ab. Hier stehen sich ein »bottom up«- und ein »top down«-Modell gegenüber. Der »bottom up«-Ansatz, der im Positionspapier der ungarischen Regierung skizziert wird, sieht vor, dass die Höhe der angesetzten Haushaltsmittel dem Ausmaß der politischen Herausforderungen und vereinbarten Ziele entsprechen soll. Dagegen fordern die Befürworter des »top down«-Ansatzes – unter anderem die Bundesregierung –, dass zunächst das Gesamtvolumen des EU-Haushalts fixiert und diese Summe dann auf die vereinbarten politischen Ziele und Vorhaben verteilt wird. Dieses

Vorgehen verlangt also eine vorherige Verständigung auf politische Prioritäten (und dementsprechend auch Posterioritäten). Allerdings ist eine politische Prioritätensetzung grundsätzlich überall dort erforderlich, wo begrenzte Mittel konkurrierenden Zielen zugewiesen werden müssen. Insofern erscheint der »bottom up«-Ansatz als verhandlungstaktisches Instrument, um Prioritäten großzügig bestimmen zu können und sich im Verlauf der Finanzverhandlungen die grundsätzliche Möglichkeit offenzuhalten, das Gesamtvolumen des EU-Budgets zu erhöhen.

Eine Reform des EU-Haushalts – ob nun durch eine Mittelumschichtung nach dem »top down«-Ansatz oder durch eine Erhöhung des Volumens als Konsequenz des »bottom up«-Prinzips – erfordert zu ihrer Legitimation stets ein übergeordnetes politisches Ziel oder die Bestimmung einer fundamentalen (am besten neuartigen) gemeinschaftlichen Herausforderung. Frühere legitimierende Projekte waren 1988 die Schaffung des europäischen Binnenmarktes, 1992 die Vorbereitung der Wirtschafts- und Währungsunion und 1998 die anstehende EU-Osterweiterung. Auch für die nun beginnende Revisionsdebatte wird ein entsprechendes Leitmotiv erkennbar: die Orientierung der Ausgabenpolitik an der *Lissabon-Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung*.

Der erste Versuch, die Lissabon-Strategie als Legitimationsgrundlage in den Vordergrund zu rücken, erwies sich in den Finanzverhandlungen 2005/06 als aussichtslos. In den nun vorgelegten Stellungnahmen deutet sich jedoch an, dass der richtige Zeitpunkt gekommen sein könnte: Offenbar besteht die Chance, dass die Lissabon-Strategie zur gemeinsamen politischen Integrationsaufgabe werden und der Reform der europäischen Ausgabenpolitik die erforderliche Berechtigung verleihen kann. Um das EU-Budget stärker als bisher an den Zielen der Strategie auszurichten, sollen – so eine mehrfach erhobene Forderung – zusätzliche Mittel für Forschung und Entwicklung, Innovationen, Bildung und Ausbil-

dung eingeplant werden. Umstritten sind jedoch weitere, ebenfalls unter dem Begriff Lissabon-Strategie subsumierte Projekte, wie die Sicherung des europäischen Sozialmodells, der Ausbau von Infrastruktur oder die Förderung der Attraktivität des Unternehmensumfeldes.

Einige Mitgliedstaaten stellen dem Legitimationsprojekt Lissabon-Strategie das *Prinzip der innergemeinschaftlichen Solidarität* entgegen, das sich damit als weiteres Leitmotiv der Revisionsverhandlungen abzeichnet. Gerade die neuen Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa sowie die Kohäsionsländer unter den alten Mitgliedstaaten begründen ihre Forderung nach Sicherung und Ausbau der europäischen Kohäsionspolitik mit dem gemeinschaftlichen Solidaritätsprinzip. Dazu gehört auch der Anspruch der Beitrittsländer, in der nächsten Finanzperiode gleichberechtigt in das System der Direktzahlungen in der Gemeinsamen Agrarpolitik aufgenommen zu werden. Ab 2020, so heißt es etwa in der Stellungnahme der rumänischen Regierung, könnte deshalb auch eine Erhöhung der gegenwärtigen Eigenmittelobergrenze von 1,24 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) der Europäischen Union erforderlich werden, wodurch das zur Verfügung stehende maximale Finanzvolumen deutlich ausgeweitet würde.

Es wird für den Erfolg der weiteren Revisionsdebatte entscheidend darauf ankommen, dass die beiden in den Stellungnahmen als Legitimationsträger auftauchenden Großprojekte – die Lissabon-Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung sowie das Prinzip der Solidarität in Form der europäischen Kohäsionspolitik – sinnvoll miteinander verbunden werden. Diese beiden Prinzipien sollten die Regierungen nicht als gegensätzlich, sondern als komplementär verstehen und durch eine substantielle, projekt- und zielbasierte Operationalisierung entsprechend umsetzen. Eine undifferenzierte Gegenüberstellung von vermeintlich modernen Politiken (wie den Lissabon-Politikfeldern Forschung, Entwicklung, Innovation oder Energie) und

angeblich veralteten Gemeinschaftspolitiken (wie Gemeinsamer Agrarpolitik und Kohäsionspolitik) fördert dagegen eher den Konflikt. Redistributive und alloкатive Elemente der europäischen Ausgabenpolitik müssen so miteinander verknüpft werden, dass die EU insgesamt nach außen wettbewerbsfähiger wird und im Inneren kohärenter agieren kann.

Reformideen auf der Einnahmenseite

Auf der Einnahmenseite zeichnet sich als kleinster gemeinsamer Nenner die Streichung der Mehrwertsteuer-Eigenmittelquelle ab. Dies bedeutet eine weitere Aufwertung der BNE-Eigenmittelquelle, die bis 2013 mit einem Anteil von 74 Prozent zur Finanzierung des EU-Budgets beitragen wird. Die BNE-Eigenmittel sollen nach den Vorstellungen der meisten Mitgliedstaaten künftig als einzige Einnahmequelle neben den stetig rückläufigen traditionellen Eigenmitteln (Zolleinnahmen und Agrarabschöpfungen) stehen. Mit dieser sich abzeichnenden Einigung wird das System der EU-Finanzierung einfacher und transparenter werden – aber eben auch »beitragsbasiert« ausgestaltet und damit intergouvernementaler.

Gegen den von Kommission und Europäischem Parlament ventilierten Vorschlag zur Einführung einer neuen Eigenmittelquelle in Form einer EU-Steuer deutet sich massiver Widerstand an. Während sich einige Regierungen (Österreich, Finnland, Italien, Ungarn, Luxemburg) für die Prüfung des Vorschlags aussprechen und damit die Frage einer EU-Steuer zumindest mittelfristig auf der europäischen Tagesordnung belassen wollen, halten andere Regierungen (Deutschland, Dänemark, Slowakei, Bulgarien) diese Überlegungen für inakzeptabel. Eine deutliche Mehrheit spricht sich auch gegen jegliche Korrekturmechanismen auf der Einnahmenseite aus – dies richtet sich sowohl gegen den britischen Sonderrabatt als auch gegen Überlegungen, mit Hilfe eines Allgemeinen Korrektur-

mechanismus (AKM) die Nettosalde der größten Beitragszahler bei einer zuvor vereinbarten Obergrenze zu kappen. Deshalb spricht vieles dafür, dass das Eigenmittelsystem durch die Streichung der Mehrwertsteuer-Eigenmittelquelle zwar zunächst etwas an Transparenz gewinnt, dieser Effekt aber sofort wieder zunichtegemacht wird durch ein System von Ad-hoc-Korrekturmechanismen, das unvermeidlich ist, um die gegensätzlichen Interessen von Nettozahlern und Nettoempfängern auf der Einnahmenseite auszubalancieren.

Konsultationen als Verfahren der Politiksteuerung

Der Konsultationsprozess zur Reform des EU-Budgets wird flankiert von zwei weiteren Konsultationen. Sie stehen in einem engen und unauflösbaren Zusammenhang mit der Haushaltsreform, denn sie betreffen die beiden größten Ausgabenblöcke der EU – die europäische Kohäsions- und Strukturpolitik sowie die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP). Der Konsultationsprozess zur Zukunft der EU-Kohäsionspolitik endete am 31. Januar 2008, die Konsultation zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik, der sogenannte *Health Check*, am 15. Januar (vgl. SWP-Aktuell 29/2008).

Der »GAP-Gesundheitscheck« soll eine begrenzte Anpassung bzw. Nachbesserung der Gemeinsamen Agrarpolitik vornehmen und den Landwirten finanzielle Planungssicherheit bis 2013 gewähren, ohne dabei die 2008/09 anstehende Haushaltsüberprüfung zu präjudizieren. Mit der Veröffentlichung der agrarpolitischen Legislativvorschläge am 20. Mai ist der *Health Check* inzwischen von der Diskussions- in die Rechtsetzungsphase getreten. Die nun auszuhandelnden Verordnungen können faktisch zu einer wirksamen Festigung des Status quo führen – auch über das Jahr 2014 hinaus. Die Agrarpolitiker sämtlicher Mitgliedstaaten haben sich, bei allen Differenzen im Detail, bereits darauf verstan-

dig, dass bis 2014 keine Veränderungen vorgesehen oder auch nur möglich sind. Damit schotteten sie einerseits den *Health Check* gegen Reformüberlegungen aus der Haushaltsüberprüfungsdebatte ab, andererseits können sie auf diese Weise rechtliche Fakten zur Sicherung des finanziellen Status quo schaffen. So lassen die Überlegungen des französischen *Health-Check-Memorandums* vom Januar 2008 das politische Ziel erkennen, neue Rechtsgrundlagen zu vereinbaren (etwa für ein europäisches Risiko- und Krisenmanagement), die dann mit Mitteln aus dem EU-Haushalt umgesetzt werden müssten.

Die Konsultation zur Zukunft der europäischen Kohäsionspolitik startete die Kommission im September 2007, nachdem sie im Mai des Jahres den vierten Kohäsionsbericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der EU vorgelegt hatte. Eine zusammenfassende Auswertung der insgesamt 84 Stellungnahmen durch die Kommission ist für diesen Juni vorgesehen. Allerdings zeichnet sich schon jetzt ab, dass diese Reformdebatte unmittelbar nach dem Anlaufen der Förderperiode 2007–2013 noch etwas zu früh kommt, um auf der Grundlage gesicherter Erfahrungen mit den neuen Förderinstrumenten den Reformbedarf sinnvoll bestimmen zu können.

Beide Konsultationsprozesse zielen explizit auf Anpassungen und Modifikationen, nicht auf eine grundlegende Reform der beiden wichtigsten Gemeinschaftspolitiken, für die zusammen rund 80 Prozent des Budgets ausgegeben werden. Mittelumschichtungen, neue Förderprioritäten oder gar Kürzungen sind nicht vorgesehen. Allerdings können auf beiden Politikfeldern auch kleinere Anpassungen durchaus spürbare finanzielle Konsequenzen nach sich ziehen. Eine inhaltliche Koordinierung der drei Konsultationsforen wird also dringlicher werden, will man Vorfestlegungen in der Kohäsions- und Agrarpolitik verhindern.

Perspektiven

Bei der eigentlichen Haushaltsüberprüfung wird es nun darum gehen, die sich abzeichnende Beharrungspolitik aufzubrechen. Die wohl einmalige Chance, die Strukturen des EU-Budgets einer grundsätzlichen Beurteilung zu unterziehen, sollte genutzt werden. Damit bietet sich nämlich eine Möglichkeit, die negativen Folgen zu minimieren, die sich aus dem *juste-retour*-Denken und der Beurteilung politischer Veränderungen anhand des nationalen Nettosaldos ergeben.

Ansonsten besteht weiterhin die Gefahr der Verfestigung einer Politik, die nur der Logik des Nettosaldos folgt und langfristig zu einer Perforierung des Eigenmittelsystems und der Ausgabenpolitik durch ein »System der Aushilfen« und der Ad-hoc-Korrekturen führt. Denn das Denken in Nettosalden – das sich allein daran orientiert, wie viel Geld aus dem nationalen Haushalt nach Brüssel abgeführt wird und wie viel davon zurückfließt – hat zur Folge, dass für die Definition der Ausgaben nicht die gemeinsamen Interessen und Ziele entscheidend sind, sondern die jeweiligen Auswirkungen auf die nationalen Etats. Dadurch wächst die Gefahr, dass sich auf der Ausgabenseite politische Prioritäten verfestigen, die dann nur noch durch Sonderregelungen und Rabatte auf der Einnahmenseite korrigiert werden können. Der erweiterten EU drohen damit Verteilungskonflikte, die zu einer noch stärkeren Blockbildung zwischen Geber- und Nehmerländern führen und durchaus auch Konsequenzen für andere Politikbereiche haben dürften.

Zwar befindet sich die Bundesregierung bei der Haushaltsüberprüfung nicht in der Rolle eines Demandeurs für Veränderungen; vielmehr bestimmen die Nettozahler am Ende der Verhandlungen, wie viel Geld der EU letztlich zur Verfügung stehen wird. Allerdings könnte sich Deutschland – als Mitgliedstaat in der Mitte des Kontinents – bei anderen politischen Projekten der EU des Öfteren in der Rolle des Bittstellers wiederfinden, der um europäische Lösungen nachsucht. Betreffen könnte dies den

weiteren Ausbau des europäischen Binnenmarktes (zum Beispiel bei verbesserten Verkehrsinfrastrukturen und bei Interkonnektivitätsprojekten im Energiebereich), die Verhinderung des schädlichen Steuerwettbewerbs durch Vereinbarung von Mindeststandards, den Schutz der EU-Außengrenzen, die Sicherung von Energielieferungen oder die Umsetzung der europäischen Klimaziele.

Die jetzt in eine heiße Phase eintretende Grundsatzdiskussion über die Prioritäten, die Struktur und die Instrumente des EU-Haushalts sollte genutzt werden, um gemeinsame politische Ziele zu vereinbaren, die über die Periode eines Finanzrahmens hinausreichen. Die Ausrichtung an der Lissabon-Strategie könnte ein Eckpfeiler für diese Debatte sein – allerdings nur, wenn dieses Projekt mit den Prinzipien der innergemeinschaftlichen Solidarität und Kohäsion verbunden wird. Sollte die Möglichkeit, befreit von taktischen Zwängen zu diskutieren, ungenutzt bleiben, dürfte dieser Überprüfungsprozess ein singuläres Ereignis bleiben.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2008
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

Anlage:

Gegenüberstellung der Positionen von Regierungen der EU-Mitgliedstaaten sowie Bundestagsfraktionen und deutschen Verbänden (Stand: 16.6.2008)

<i>Land</i>	<i>Seite</i>	<i>Deutschland: Institution/Partei/Verband</i>	<i>Seite</i>
Bulgarien	10	Bundesregierung	22
Dänemark	10	Bundesrat	23
Estland	10	SPD-Bundestagsfraktion	23
Finnland	11	CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag	24
Frankreich	11	Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	25
Griechenland	12	FDP-Bundestagsfraktion	25
Italien	12	BDI/BDA	26
Lettland	13	DIHK	26
Litauen	13	Bundesverband öffentlicher Banken	26
Luxemburg	14	Diakonisches Werk der EKD	27
Niederlande	14	Freie Wohlfahrtspflege	27
Österreich	15	WWF, NABU, DNR	27
Polen	16	BUND	28
Portugal	17		
Rumänien	18		
Slowakei	19		
Tschechische Republik	19		
Ungarn	20		
Zypern	21		

Gegenüberstellung der Positionen von Regierungen der EU-Mitgliedstaaten sowie Bundestagsfraktionen und deutschen Verbänden

Prinzipien / Laufzeit / Sonstiges	Reformbedarf auf der Ausgabenseite und Ausgabeprioritäten	Europäischer Mehrwert	Eigenmittelsystem / Korrekturen, Rabatte u. Allgemeiner Korrekturmehanismus (AKM) / EU-Steuer
Bulgarien	Haushaltsüberprüfung als Grundlage für die politischen Prioritäten der EU 2014–2020 <i>Prinzipien:</i> Haushaltsdisziplin, Transparenz, Lastenteilung, Solidarität, europäischer Mehrwert und Flexibilität	Prioritäten sollen Kohäsion und Lissabon-Strategie sein <i>Kohäsion</i> als Solidaritätspolitik; Konzentration auf die ärmsten Länder; Strukturfonds für Ziel der Lissabon-Strategie nutzen GAP: 1. und 2. Säule belassen <i>Weitere Prioritäten:</i> Außenpolitik, Innen- und Rechtspolitik	<i>Prinzipien:</i> Transparenz, Effektivität und ausreichende Finanzierung; nur noch eine BNE-Eigenmittelquelle, die sich nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten bemisst; keine EU-Steuer; keine Rabatte od. Korrekturmechanismen
Dänemark	Lissabon-Strategie als zentrales Element der Überprüfungsdebatte; erfordert Reformen, um Nettosaldo-Denken der Mitgliedstaaten und das Festhalten an historischen Entwicklungen zu überwinden; stärkere und verbesserte Evaluation erforderlich	GAP: größte Reformaufgabe, weil gekennzeichnet durch künstlich überhöhte Preise und ein stetiges Vertagen der Strukturformen; Direktzahlungen sollten bis 2025 ganz auslaufen <i>Kohäsion:</i> Solidaritätspolitik, Konzentration auf ärmste Regionen <i>Globale Verantwortung der EU:</i> mehr Geld für GASP und Entwicklungspolitik	EU-Steuer ist nicht akzeptabel; denkbar ist dagegen Reform der BNE- und der MwSt-Eigenmittelquelle; keine Rabatte, insbesondere kein GB-Sonderrabatt
Estland	Beibehaltung der siebenjährigen Laufzeit (aber Bereitschaft, über Verlängerung od. Verkürzung zu verhandeln); bestehende Flexibilitätsmechanismen sind angemessen; neues Finanzinstrument für Krisen od. Katastrophen erforderlich	Verbesserung der Effizienz der Ausgabenpolitik und Modernisierung des Instrumentariums; Vereinfachung der Mittelverwaltung; mehr Transparenz durch Einbeziehung aller EUAusgaben (auch Europäischer Entwicklungsfonds); stärkere Orientierung an neuen Herausforderungen wie Globalisierung, Demographie und Klima <i>4 Prioritäten:</i> 1. Bildung, F&E, TEN, Kohäsion, 2. Umwelt und Landwirtschaft, 3. interne Politiken (Migration, Gesundheit), 4. GASP GAP: keine nationale Ko-Finanzierung; Harmo-	Vereinfachung des Eigenmittelsystems; mehr Transparenz und mehr Beitragsgerechtigkeit Abschaffung der MwSt-Eigenmittel

Estland

nisierung des Systems der Direktzahlungen

Kohäsion: Konzentration der Strukturfonds auf ärmste Regionen

<p>Finland</p> <p>Einnahme- und Ausgaben- seite gemeinsam reformieren; klare Abgrenzung zwischen nationaler und EU-Finan- zierung; nicht alle Herausforderungen erfordern zusätzliche Gelder; strikte Haushaltsdisziplin u. verbessertes Finanzmanage- ment</p>	<p>Umschichtung des Budgets auf Wachstum, Wett- bewerbsfähigkeit und Innovation, d.h. gemäß Lissabon-Strategie; mehr Geld für F&E, Bildung, Innovation (5. Binnenmarktfreiheit) <i>GAP:</i> stärkere Marktorientierung, Direktzahlungen nach Fläche, nicht nach historischen Erträgen; Ausbau der 2. Säule; neuer Krisenmanage- mentmechanismus <i>Kohäsion:</i> stärkere Ausrichtung auf Wettbewerbs- fähigkeit; Steigerung der Effektivität; Konzentration auf ärmste Regionen; Fortsetzung der Förderung der dünnbesiedelten nordischen Gebiete; Verwaltungs- vereinfachung <i>Weitere Prioritäten:</i> GASP, Energie/Klima</p>	<p>Deutlichster Mehrwert liegt in der Umsteuerung des Haushalts auf Lissabon- Strategie und Binnenmarkt <i>Mehrwert-Kriterien:</i> euro- päischer Charakter, »econo- mies of scales«, Verhandlungs- macht und Erreichbarkeit der Ziele</p>	<p>Abschaffung der MwSt- Quelle; Einführung einer EU-Steuer prüfen; keine Rabatte und Korrektur- mechanismen</p>
<p>Frankreich</p> <p>Stellungnahme ist keine Vorfestlegung im Hinblick auf die Verhandlungen über den Finanzrahmen 2013- 2020; <i>Leitprinzipien:</i> Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit</p>	<p><i>Reaktion der EU auf neue Herausforderungen:</i> Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäfti- gung; Energie und Klima; Nachhaltigkeit und Umweltschutz; Kohäsionspolitik; soziale Dimension und Demographie; GAP; Innen- und Justizpolitik, insbesondere Migration; Außenpolitik</p>	<p>Mehrwert soll sich an öko- nomischen Kriterien orien- tieren: Verhinderung von Marktstörungen; Effizienzgewinne; Verbreitung guter Praktiken</p>	<p>BNE-Eigenmittelquelle bleibt in jedem Fall notwendig; MwSt-Quelle ist zu hinter- fragen; Diskussion über EU- Steuer; Abschaffung aller Rabatte und Korrekturmechanismen</p>

Gegenüberstellung der Positionen von Regierungen der EU-Mitgliedstaaten sowie Bundestagsfraktionen und deutschen Verbänden

Prinzipien / Laufzeit / Sonstiges	Reformbedarf auf der Ausgabenseite und Ausgabeprioritäten	Europäischer Mehrwert	Eigenmittelsystem / Korrekturen, Rabatte u. Allgemeiner Korrekturmehanismus (AKM) / EU-Steuer
<p>Griechenland</p> <p>2 Leitprinzipien: a) ausreichende Mittelausstattung und b) Solidarität; ausreichende finanzielle Ausstattung der neuen Gemeinschaftspolitiken (Klima, Tourismus, Zivilschutz); Stärkung der Bereiche Energie, Migration und Asyl, Sozialklausel); umfassender »bottom up«-Ansatz</p>	<p>Ziel: Neue und alte Gemeinschaftspolitiken angemessen finanzieren (mit Hinweis auf Artikel 269 EG-Vertrag)</p> <p>GAP: an europäischem Agrarmodell festhalten; Stärkung der 2. Säule nicht zu Lasten der 1. Säule, sondern mit Hilfe zusätzlicher Gelder</p> <p>Lissabon-Strategie: Orientierung an europäischem Sozialmodell als Wachstumsfaktor; F&E-Ausgaben nach Exzellenz und Kohäsionskriterien;</p> <p>Weitere Prioritäten: Klima und Umweltschutz; Migration und GASP</p>	<p>Erforderlich ist die Suche nach einer gemeinschaftlichen Definition des europäischen Mehrwerts; diese Definition darf die vorhandenen Gemeinschaftspolitiken nicht in Frage stellen, vielmehr sind diese Gemeinschaftspolitiken ein Beispiel für Mehrwert</p>	<p>Leitprinzipien: Einfachheit, Transparenz des Systems, Gerechtigkeit, Stabilität; Eigenmittel nach relativem Wohlstand der Mitgliedstaaten;</p> <p>derzeit ist Eigenmittelsystem vorteilhaft f. reiche Mitgliedstaaten; Berechnung der BNE-Eigenmittel nach Wohlstand/Kopf;</p> <p>keine Rabatte, keine Korrekturmechanismen</p>
<p>Italien</p> <p>Haushaltsüberprüfung als offene Debatte über Prioritäten und Struktur der Ausgabenpolitik sowie die nachhaltige Reform des Eigenmittelsystems</p> <p>Ziel der Reform: sich gegenwärtig verstärkende Impulse für Wachstum; Finanzierung europäischer öffentlicher Güter</p> <p>Prinzipien: europ. Mehrwert, Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit, Haushaltsdisziplin, Effizienz, Effektivität</p> <p>»bottom up«-Ansatz: zunächst politische Prioritäten definieren, dann das Ausgaben volumen bestimmen</p>	<p>Reform der Ausgabenstruktur (Rubriken) fortsetzen und konsolidieren</p> <p>Ausgabeprioritäten: mehr Geld für Lissabon-Strategie; EU-Budget hat eine ergänzende Funktion in Bereichen F&E, Innovation, KMU-Förderung, Bildung, TEN, Energie und soziale Inklusion</p> <p>Kohäsion: Solidaritätspolitik, Orientierung an Lissabon-Strategie; GAP: Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit; Ko-Finanzierung der Direktzahlungen</p> <p>Weitere Prioritäten: Energie/Klima (in F&E finanzieren); Migration und Asyl (Finanzierung des Außengrenzschatzes aus EU-Mitteln), GASP</p>	<p>Nettosaldodoten dominiert und sollte überwunden werden durch eine EU-Steuer z.B. auf CO²-Ausstoß;</p> <p>Vereinfachung des Eigenmittelsystems durch Abschaffung der MwSt-Eigenmittel;</p> <p>»Phasing Out« der Korrekturmechanismen;</p> <p>AKM als zweitbeste Lösung</p>	<p>Nettosaldodoten dominiert und sollte überwunden werden durch eine EU-Steuer z.B. auf CO²-Ausstoß;</p> <p>Vereinfachung des Eigenmittelsystems durch Abschaffung der MwSt-Eigenmittel;</p> <p>»Phasing Out« der Korrekturmechanismen;</p> <p>AKM als zweitbeste Lösung</p>

Lettland	<p>Unbestreitbarer Reformbedarf; EU braucht einen modernen Haushalt; Zurückhaltung ggü. mehr Flexibilität, z.B. durch erleichterte Verschiebung zwischen den Ausgabenrubriken; vorhandene Flexibilitätmechanismen sind angemessen; Finanzierung und Notwendigkeit der Agenturen prüfen</p>	<p>Verbesserung der Effizienz und Effektivität der Ausgabenpolitik; <i>Kohäsionspolitik</i> als Zeichen des Solidaritätsprinzips; weiterhin angemessene Finanzierung <i>GAP</i>: Fortsetzung als Gemeinschaftspolitik; Fortsetzung der Modernisierung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit <i>Weitere Ausgabenpolitiken</i>: Energie (Interkonnektivität); Umwelt/Klima (z.B. Wasserqualität); Transport (umweltfreundliche Fahrzeuge, Straßenbau); Bildung und Ausbildung, F&E, Migration&Asyl, <i>GASP</i></p>	<p>Europäischer Mehrwert als zentrales Prinzip der Überprüfung</p>	<p><i>Prinzipien</i>: fair, einfach, transparent, leicht zur Verwaltung</p>
Litauen	<p>Budgetreform ermöglicht Diskussion über die Zukunft der EU; Haushaltsvolumen sollte Prioritäten entsprechen <i>Prinzipien der Budgetreform</i>: europäischer Mehrwert, keine Störung des Wettbewerbs, Kohärenz und Solidarität, Kohärenz der Politiken, Flexibilität und Modernität des Budgets</p>	<p><i>Prioritäten</i>: a) Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit (F&E, Innovation v.a. in Konvergenzregionen, EU-Energiepolitik); b) Solidarität (Fortentwicklung der Kohäsionspolitik); c) Sicherheit (Außengrenzschutz, Migrationspolitik, ENP) <i>Kohäsionspolitik</i>: Solidaritätspol.; Konzentration auf ärmste Regionen; neue Herausforderungen sollen nicht Ziele ursprüngl. Kohäsionspolitik ersetzen; Verwaltung vereinfachen (Reform des Additionalitätsprinzips) <i>GAP</i>: keine Renationalisierung; Reduzierung 1. Säule; aber auch Reform 2. Säule <i>Energie/Transport</i>: Investitionen in Infrastruktur (TEN); gemeinschaftl. Energie-Infrastruktur; Energie-Sicherheitspolitik; Verkehrswegenetzwerk; <i>F&E, Innovation</i>: zusätzl. Gelder für Forschungsinfrastruktur; Kohäsionsgedanke auch hier; europäische Exzellenzentren; neue Finanzinstrumente z. Förder. europ. Unis <i>Außenbeziehungen</i>: EU als globaler Akteur, insb. bei Energiesicherheit, ENP (östl. Dimension stärken), gemeinsame Entwicklungspolitik (Zentralasien) <i>Interne Politiken</i>: steigender Bedarf an EU-Kooperation bei Sicherheit u. Migration</p>	<p><i>Prinzipien</i>: Transparenz, Effektivität, ausreichende Mittelbereitstellung; Abschaffung der MwSt-Eigenmittelquelle und Konzentration auf BNE-Eigenmittel; deutliche Ablehnung jeglicher Korrekturmechanismen und zusätzlicher EU-Steuern</p>	

Gegenüberstellung der Positionen von Regierungen der EU-Mitgliedstaaten sowie Bundestagsfraktionen und deutschen Verbänden

	Prinzipien / Laufzeit / Sonstiges	Reformbedarf auf der Ausgabenseite und Ausgabeprioritäten	Europäischer Mehrwert	Eigenmittelsystem / Korrekturen, Rabatte u. Allgemeiner Korrekturmehanismus (AKM) / EU-Steuer
Luxemburg	Stellungnahme als Diskussionspapier; keinerlei Festlegung für die Finanzverhandlungen; Volumen des Finanzrahmens bei 1% EU-BNE als Minimum, damit die EU ihre Ziele erfüllen kann; Siebenjahreszeitraum erscheint angemessen, ebenso die Einteilung in fünf Ausgabenrubriken	<i>Prioritäten:</i> GASP, F&E; Klima/Energie; Umweltschutz; Justiz und Inneres; künftig mehr Geld für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, d.h. Ziel der Lissabon-Strategie <i>Kohäsion</i> = Solidaritätspolitik; Konzentration der Gelder verstärkt auf Ziele der Lissabon-Strategie GAP: Fortsetzung der 2003-Reform; keine Renationalisierung; Verwaltungsvereinfachung durch Orientierung an Prinzipien der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit; Möglichkeit einer generellen Zusage über rechtmäßige Mittelverwaltung durch jeden Mitgliedstaat		BNE-Eigenmittel nach Wohlstand der Mitgliedstaaten berechnen; neue Eigenmittelquelle (EU-Steuer) prüfen, um Dominanz der Nettosaldo-Debatte zu verringern; Unterstützung des Zweistufen-Modells des EP zur Einführung einer EU-Steuer
Niederlande	Reformbedarf auf Einnahme- und Ausgabenseite; Ziel ist eine grundsätzliche Reform und eine Modernisierung des Finanzrahmens ab 2014; Vorbereitung der EU auf die neuen Herausforderungen durch Globalisierung, Klimawandel, Demographie, Migration und Energieproblematik; neue Prioritäten setzen und Effizienz und Transparenz der Haushaltsführung verbessern <i>Drei Prinzipien:</i> wirtschaftl. Mehrwert (auf der Grundlage einer Kosten-Nutzen-Analyse); Solidarität (mehr reiche Staaten sollten sich an Solidarität	<i>Neue Prioritäten:</i> europäische Wettbewerbsfähigkeit, Energie&Klima; Justiz und Inneres; Außenpolitik <i>1. Energie&Klima:</i> zusätzl. Mittel, wenn ökon. Mehrwert und Subsidiarität garantiert sind; Zusammenfassung aller Maßnahmen in einer Haushaltsrubrik; mehr klimaorientierte Entwicklungshilfe <i>Lissabon-Strategie:</i> mehr Geld f. F&E, Innovation, Bildung und Ausbildung (nach dem Exzellenzprinzip) <i>2. Kohäsionspolitik:</i> Konzentration auf ärmste Regionen in den ärmsten Mitgliedstaaten; Ausgleich zw. reichen und ärmeren Staaten; reiche Staaten sollen ihre Strukturprobleme selbst lösen; mehr grenzüberschreitende Projekte; insgesamt substantielle Reduzierung d. Kohäsionspolitik im EU-Budget <i>3. Marktorientierung der GAP:</i> Konzentration der GAP auf Wettbewerbsfähigkeit und Innovation; Sicherheitsnetz für Krisenfälle; Reduktion der Direktzahlungen; nur noch Hilfen für nicht wettbewerbsfähige Landwirte in Problemgebieten (als soziale		<i>Reformziel:</i> faires, neues Eigenmittelsystem, das die Ungleichgewichte korrigieren muss; Beteiligung an der Finanzierung der EU auf der Grundlage des Wohlstandes; BNE-Eigenmittelquelle als alleinige Einnahmequelle; Ablehnung einer Erhöhung der Eigenmittelobergrenze und einer EU-Steuer

Niederlande

tätsächlich beteiligen);
Begrenzung des Gesamtvolumens

Aufgabe); Zahlungen für öffentliche Aufgaben (Naturschutz, Wassermanagement); wichtigere Rolle für Staaten und Regionen in der GAP; Möglichkeit der nationalen Ko-Finanzierung; Reduktion des Haushaltsanteils

4. *Außenpolitik*: stärkere Rolle der EU (Konfliktprävention, Krisenmanagement etc.); Stärkung von GASP und ESVP, ENP, Entwicklungspolitik
5. *Justiz u. Innenpolitik*: Asyl- und Migrationspolitik; Kampf gegen org. Kriminalität; neues Finanzinstrument für Zusammenarbeit mit Drittstaaten

Österreich

Sicherung der strikten Haushaltsdisziplin;
Verbesserung der Qualität der öffentlichen Finanzen durch Umstrukturierung zugunsten von Zukunftsinvestitionen;
Verbesserung der Ausgaben-effizienz und Verringerung der Verwaltungskosten;
Deckelung des Budgetvolumens bei ungefähr 1% des EU-BNE (»top down«-Ansatz);
»gender budgeting«

Stärkere Förderung neuer Prioritäten wie Lissabon-Strategie, Klima und Energie, TEN, GASP/ESVP;
solides Finanzmanagement und effektive Haushaltskontrolle, d.h. Entbürokratisierung und Vereinfachung der Mittelverwaltung, Verhinderung von Überschneidungen, Transparenz der Mittelvergabe und verbesserte Evaluierung, »fiscal governance«
GAP: Reform der 1. Säule; verstärkte finanzielle Beteiligung der EU bei Förderung des ländl. Raums (2. Säule); keine zusätzliche Modifizierung
Kohäsionspolitik: Konzentration in reichen Mitgliedstaaten auf Maßnahmen mit europ. Mehrwert; grundsätzliche Gleichbehandlung bei Förderkriterien, teilweise auch zunehmend nach Exzellenzprinzip
Lissabon-Strategie: Umschichtung zugunsten von Forschung, Entwicklung, Innovation, Bildung, Jugendpolitik, Sozialagenda; vereinfachte Abwicklung

EU-weite Einnahmequelle (Besteuerung von Finanztransaktionen, umwelt- od. verkehrsbezogene Steuern);
Vereinfachung des Korrekturmechanismus, d.h. AKM;
Abschaffung der MwSt-Eigenmittel

Gegenüberstellung der Positionen von Regierungen der EU-Mitgliedstaaten sowie Bundestagsfraktionen und deutschen Verbänden

Prinzipien / Laufzeit / Sonstiges	Reformbedarf auf der Ausgabenseite und Ausgabeprioritäten	Europäischer Mehrwert	Eigenmittelsystem / Korrekturen, Rabatte u. Allgemeiner Korrekturmechanismus (AKM) / EU-Steuer
<p>Polen</p> <p>Haushaltsüberprüfung soll zugleich auch Debatte über die Zukunft der EU-Integration sein; EU-Budget soll v.a. für längerfristige Vorhaben vorgesehen werden; Beibehaltung der sieben-jährigen Laufzeit des EU-Finanzrahmens; Weiterentwicklung des Budgets als konstanter Steuerungsprozess, ebenso wie die Weiterentwicklung der einzelnen Politiken</p>	<p>Zentrale Ausgabenpriorität ist EU-Kohäsionspolitik, gefolgt von Klimawandel und Agrarpolitik, Lissabon-Strategie, Sicherheit; schrittweise Umorientierung der Ausgaben-schwerpunkte nach 2014 (je kleiner der Haushalt, desto länger die Umstellungsdauer)</p>	<p>Nationale Ko-Finanzierung als Gefahr für den europ. Mehrwert</p> <p><i>Mögliche Kriterien:</i> Anstoßwirkung für gemeinsame Vorhaben, Vermeidung von Duplizierung, Effektivität</p>	<p>BNE-Eigenmittelquelle ist keine gerechte Quelle, weil mit ihr zugleich der Druck zur Einführung von Korrekturmechanismen steigt – damit wird eine Tendenz verstärkt, bei der große und einflussreiche Mitgliedstaaten weniger in den EU-Haushalt einzahlen; EU-Finanzierung sollte gemäß dem Integrationsnutzen für den Mitgliedstaat erfolgen (insb. Gewinner des Binnenmarkts); Beibehaltung der MwSt-Eigenmittelquelle und Steigerung ihrer Effizienz; alle Korrekturmechanismen und Rabatte sollten abgeschafft werden, denn Rabatte verstärken den degressiven Charakter des Eigenmittelsystems; keine Einführung eines AKM; Ziel ist eine wirkliche Eigenfinanzierung der EU</p>

Portugal	Reformdebatte für strategische Diskussion über die Entwicklung des Integrationsprozesses und der Gemeinschaftspolitiken nutzen; keine Verengung der Debatte auf Nettosaldo <i>Fünf Leitprinzipien:</i> Mehrwert, Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit, Solidarität und ausreichende Mittel	<i>Prioritäten:</i> Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit (F&E, Innovation, Bildung); maritime Politik, Umwelt, Energie, Migration, TEN; alle Schwerpunkte mit ausreichenden Finanzmitteln ausstatten <i>Kohäsionspolitik:</i> Solidarität als höchster Wert; Konzentration auf ärmste Regionen und Staaten; Schwerpunkt periphere Gebiete der EU ausbauen; Förderung von Humankapital und sozialer Inklusion <i>GAP:</i> Fortsetzung der Reformen (Health Check); Unterstützung der Modulation <i>Lissabon-Strategie:</i> Rahmen für kohärente EU-Wirtschaftspolitik	Europ. Mehrwert als Leitprinzip und Grundwert der EU	Abschaffung aller Rabatte und Korrekturmechanismen; Abschaffung der MwSt-Eigenmittelquelle; EU-Steuer als langfristige Perspektive
-----------------	---	--	--	--

Gegenüberstellung der Positionen von Regierungen der EU-Mitgliedstaaten sowie Bundestagsfraktionen und deutschen Verbänden

Prinzipien / Laufzeit / Sonstiges	Reformbedarf auf der Ausgabenseite und Ausgabeprioritäten	Europäischer Mehrwert	Eigenmittelsystem / Korrekturen, Rabatte u. Allgemeiner Korrekturmechanismus (AKM) / EU-Steuer
<p>Rumänien</p> <p>Vorrangiges Ziel ist, wirtschaftlich zum EU-Durchschnitt aufzuschließen – daher besonderes Interesse an EU-Kohäsionspolitik und GAP; derzeitige Eigenmittelobergrenze von 1,24% BNE ist noch ausreichend, aber für die Periode nach 2020 könnte Steigerung erforderlich werden (Erweiterung der EU); EU-Budget sollte moderne und flexible Struktur bekommen; mit der Einführung von Obergrenzen ging erforderliche Flexibilität verloren</p>	<p>Ausgewogene Förderung von Wettbewerbsfähigkeit einerseits, Kohäsion und Anschluss an den EU-Durchschnitt andererseits</p> <p><i>Kohäsion:</i> zentrale Politik der EU-27 auch wg. Solidaritätsprinzip; Konzentration auf ärmste Regionen und Staaten; Erhöhung der Pro-Kopf-Förderintensität und effizientere Mittelverwendung; enge Anbindung an Ziel der Lissabon-Strategie (Förderung von Innovation und Erhöhung der Produktivität); Fondsverwaltung vereinfachen (Beihilferecht, Umweltschutzprüfung u.ä.)</p> <p><i>Lissabon-Strategie:</i> ebenfalls Schlüsselpolitik; nationale Spielräume belassen; stärkere Beachtung der sozialen Dimension</p> <p>GAP: Reformbedarf ab 2014; besondere Bedeutung für neue Mitgliedstaaten; Festhalten am System der Direktzahlungen auch nach 2016 (wenn Rumänien zu 100% in das System hineingewachsen sein wird); Landwirtschaft als europ. öffentliches Gut; Stärkung der 2. Säule; keine nationale Ko-Finanzierung der Direktzahlungen</p> <p><i>Energie/Klima:</i> Kompensation für Lasten der EU-Klimaschutzpolitik (im Bereich Kohäsion)</p> <p><i>Migration:</i> angemessene Leistungen aus EU-Budget für Außengrenzschutz</p> <p><i>Demographie:</i> gemeinsame Herausforderung aller EU-Gesellschaften; Maßnahmen bedürfen der gemeinsamen Finanzierung aus dem EU-Budget</p>	<p>Europ. Mehrwert wird auch mit Kohäsionspolitik erzielt, z.B. bei den neuen Herausforderungen wie Klima, Demographie und Energiesicherheit</p>	<p>Eigenmittelsystem sorgt für ausreichende Finanzierung, es fehlt aber an Transparenz</p> <p><i>Leitprinzipien:</i> Gleichheit, Effizienz, Transparenz, Einfachheit;</p> <p>Finanzierungsgerechtigkeit ist durch Berechnung nach ökonom. Entwicklung der Mitgliedstaaten gegeben;</p> <p>Streichung der MwSt-Quelle denkbar;</p> <p>Skepsis ggü. einer EU-Steuer; Ablehnung jeglicher Korrekturmechanismen; Nettosaldo-Denken ignoriert ökonomische Vorteile und die Anstrengungen der neuen Mitglieder, den <i>Acquis communautaire</i> zu erreichen</p>

Slowakei	Bestehende Flexibilität des Budgets ist ausreichend	Ausgaben sollten dem Ziel der Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum dienen, d.h. Bildung, Kohäsionspolitik, ländliche Entwicklung, GAP, Asyl- und Migrationspolitik, GASP; Veränderungen auf Ausgabenseite erst ab 2014 in zwei Stufen mit einer langfristigen Übergangsperiode bis 2020; Vereinfachung der Programmverwaltung, Verringerung der Verwaltungskosten; Dezentralisierung GAP: von 1. Säule umschichten auf Maßnahmen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit, z.B. Lebensmittelqualität <i>Kohäsion</i> : mindestens 35% des EU-Budgets	Ausgaben sollten dem Ziel der Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum dienen, d.h. Bildung, Kohäsionspolitik, ländliche Entwicklung, GAP, Asyl- und Migrationspolitik, GASP; Veränderungen auf Ausgabenseite erst ab 2014 in zwei Stufen mit einer langfristigen Übergangsperiode bis 2020; Vereinfachung der Programmverwaltung, Verringerung der Verwaltungskosten; Dezentralisierung GAP: von 1. Säule umschichten auf Maßnahmen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit, z.B. Lebensmittelqualität <i>Kohäsion</i> : mindestens 35% des EU-Budgets	<i>Gewünschte Kriterien</i> : Effizienz, Effektivität, Zielerreichung, Mehrwert ggü. Maßnahmen der Mitgliedstaaten, strategische Prioritäten der EU, Subsidiarität und Solidarität	Vereinfachung des Eigensystems durch Abschaffung der MwSt-Quelle; keine EU-Steuer; Abschaffung aller Korrekturen und Rabatte
Tschechische Republik	Haushaltsüberprüfung als einzigartige Möglichkeit zur Anpassung des EU-Budgets an neue Herausforderungen; Ergebnis sollten Schlussfolgerungen des Europäischen Rates sein <i>Prinzipien</i> : Mehrwert, Verhältnismäßigkeit, Subsidiarität, Respekt vor den Grundwerten Solidarität und Gleichheit, gute Finanzverwaltung	Haushaltsüberprüfung als Schlüsselpriorität zur Förderung von Konvergenz und Solidarität; Konzentration auf ärmste Regionen und Mitgliedstaaten; Stärkung der territorialen Kohäsion (insb. grenzüberschreitende Kooperation); Synergie mit anderen Politiken stärken (ländl. Entwicklung, F&E) <i>Lissabon-Strategie</i> . Zentral ist Stärkung des EU-Binnenmarktes (mehr Wettbewerb, Bürokratieabbau, Arbeitnehmerfreizügigkeit) GAP: graduelle Reduktion der Ausgaben, insb. für 1. Säule (Umschichtung auf Lissabon-Strategie); gleichberechtigte Teilhabe der neuen Mitgliedstaaten; Stärkung der 2. Säule; bessere Marktorientierung; keine nationale Kofinanzierung <i>Neue Herausforderungen</i> : Mitgliedstaaten sollten vornehmlich reagieren, EU-Finanzen als Anschlag- u. Ergänzungsförderung in Bildung, F&E <i>Weitere Politikfelder</i> : Energie und Klima; Migration und Asyl; GASP (insb. EAD), Entwicklungspolitik	Leitprinzip der Haushaltsüberprüfung: EU-Maßnahmen sollen Mehrwert für Bürger schaffen	<i>Prinzipien</i> : Transparenz, Einfachheit, Effektivität; nur BNE-Eigenmittel und traditionelle Eigenmittel; Abschaffung der MwSt-Eigenmittel, keine EU-Steuer; keine Rabatte od. Korrekturmechanismen	Leitprinzip der Haushaltsüberprüfung: EU-Maßnahmen sollen Mehrwert für Bürger schaffen

Gegenüberstellung der Positionen von Regierungen der EU-Mitgliedstaaten sowie Bundestagsfraktionen und deutschen Verbänden

Prinzipien / Laufzeit / Sonstiges	Reformbedarf auf der Ausgabenseite und Ausgabeprioritäten	Europäischer Mehrwert	Eigenmittelsystem / Korrekturen, Rabatte u. Allgemeiner Korrekturmechanismus (AKM) / EU-Steuer
<p>Ungarn</p> <p>Umfassende Reform ist unbedingt notwendig; Nettosaldo-Denken als Hauptursache der Probleme</p> <p>Ziel: politikorientierter Haushalt</p> <p>»bottom up«-Ansatz: 1. Schritt: Definition der politischen Ziele; 2. Schritt: Festlegung der erforderlichen Politiken; 3. Schritt: Kalkulation des Finanzbedarfs;</p> <p>Festhalten an den Instrumenten von mehrjährigem Finanzrahmen und Jahreshaushalten, deren Zusammenwirken für Stabilität und Flexibilität sorgt; Wirksamkeit der Überprüfung ab 2014</p>	<p>Neue und alte Politiken müssen angemessen finanziert werden; dies wird durch eine Erhöhung des Finanzrahmens möglich</p> <p>Vier politische Ziele auf der Ausgabenseite:</p> <p>a) <i>Solidarität</i>: Kohäsion als Instrument zur Vermeidung von Marktstörungen, deshalb im gemeinsamen Interesse der EU, steigert die Wettbewerbsfähigkeit der EU insgesamt</p> <p>b) <i>Wettbewerbsfähigkeit</i>: Lissabon-Strategie durch Instrumente der Regulierung und Finanzierung</p> <p>c) <i>Nachhaltigkeit</i> als Teil des europ. Wirtschafts- und Sozialmodells; ebenfalls mit Regulierung und Geld</p> <p>d) <i>EU als globaler Akteur</i>: mehr Geld z.B. f. ENP u. GASP</p> <p><i>Bestehende Politiken</i>:</p> <p><i>Kohäsion</i>: Ausdruck der »ever closer Union«, kein Gegensatz zur Lissabon-Strategie, sondern Voraussetzung der Integration im Binnenmarkt; derzeit keine Reform der Kohäsionspolitik erforderlich</p> <p><i>GAP</i>: bislang erfolgreiche und gute Politik; schließt als exklusive EU-Kompetenz nationale Ko-Finanzierung aus; Ko-Finanzierung würde zu einem Subventionswettlauf führen und den Markt stören</p> <p><i>Neue Herausforderungen</i>:</p> <p>Mehr Integration in den Bereichen F&E, Justiz und Inneres, Energie, Umwelt, Klima, GASP macht auch mehr Geld erforderlich;</p> <p>Steigerung der Effektivität der Ausgaben durch neue Indikatoren und <i>benchmarks</i>; bessere Evaluierung und Transparenz</p>	<p>Kriterien zur Bestimmung eines europ. Mehrwerts: positive od. negative Externalitäten; Vermeidung von Parallelen; Solidarität; Erreichen einer kritischen Finanzmasse; europ. Dimension der Politik; Binnenmarktbezug; gemeinsames Handeln</p>	<p>Verbesserte Transparenz des Eigenmittelsystems; MwSt-Eigenmittel streichen; BNF-Quelle ist fair und transparent; Einführung einer neuen Eigenmittelquelle ab 2020; Ablehnung jeglicher Korrekturmechanismen</p>

<p>Zypern</p>	<p>Ziel ist die Entwicklung der EU zu einem effektiven ökonomischen und politischen Akteur und Schaffung eines höheren Wohlstandsniveaus <i>Prinzipien:</i> Solidarität; Gleichheit, Fairness, Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit; Europäischer Mehrwert; mehr Flexibilität innerhalb einer Rubrik, Erhöhung der Effektivität und Effizienz der Haushaltsführung durch eine stärkere strategische Rolle der EU-Kommission und mehr Umsetzungsspielraum für die Mitgliedstaaten</p>	<p>Zentrale Ziele sind Förderung von Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum, Nachhaltigkeit und sozialer Integration <i>Kohäsionspolitik</i> liefert substantiellen Mehrwert zur Schaffung von ökonomischer, sozialer und territorialer Kohäsion; sollte eingebunden werden in eine umfassende europäische Entwicklungspolitik um die kompetitiven Vorteile jeder Region zur Geltung zu bringen; deshalb sollte sie flexibel und an die Anforderungen jeder Region angepasst sein; fundamentale Aufgabe in der EU</p>	<p>Kriterien: Relevanz für langfristige Ziele; Beitrag zum Integrationsprozess und zur Förderung des Europagedankens; Beitrag zur territorialen und sozialen Kohäsion und Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten; positive Externalitäten; europäische öffentliche Güter wie Sicherheit, Grenzschutz, Umweltschutz, »economics of scale«; Beitrag zur Kohärenz der Politiken; transnationale Dimension</p>	<p><i>Prinzipien:</i> Fairness, ausreichende Mittelausstattung, Stabilität, Transparenz, Einfachheit, gerechte Finanzierung durch Orientierung am relativen nationalen ökonomischen Wohlstand; nur noch BNE-Eigenmittel; Abschaffung von Rabatten od. Korrekturmechanismen; wenn Korrekturen, dann ein allgem. Mechanismus zur Reduktion der Nettobelastungen</p>
----------------------	--	--	--	---

Gegenüberstellung der Positionen von Regierungen der EU-Mitgliedstaaten sowie Bundestagsfraktionen und deutschen Verbänden

Prinzipien / Laufzeit / Sonstiges	Reformbedarf auf der Ausgabenseite und Ausgabeprioritäten	Europäischer Mehrwert	Eigenmittelsystem / Korrekturen, Rabatte u. Allgemeiner Korrekturmehanismus (AKM) / EU-Steuer
<p>Bundesregierung</p> <p><i>Ziel der Überprüfung:</i> Sicherung der Zukunftsfähigkeit der EU-Politiken und ihrer Finanzierung; Chance, um historisch gewachsene Strukturen kritisch zu beleuchten, Politiken zu evaluieren und Instrumente anzupassen; Diskussion als mehrjähriges Reformprojekt;</p> <p>Stellungnahme der Bundesregierung bedeutet keine Festlegung für die nächsten Finanzverhandlungen</p> <p><i>Acht Leitlinien für Haushaltsüberprüfung:</i></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ausgabenbegrenzung u. Haushaltsdisziplin; 2. Beitragsgerechtigkeit; 3. Zukunftsorientierung; 4. keine Vorabfestlegung; 5. Subsidiarität, europ. Mehrwert; 6. Effizienzsteigerung, Evaluierung; 7. Transparenz; 8. Verein-fachung des Eigenmittelsystems 	<p>Neue Herausforderungen (Globalisierung, Demographie, Klima&Energie) bedeuten nicht zwangsläufig einen Bedarf an zusätzlichen Geldern, machen aber Regulierung und Rechtsetzung nötig; »top down«-Ansatz, d.h. zunächst Deckelung des Gesamtvolumens und danach Festlegung von Prioritäten und Posterioritäten; übermäßige Nettobelastung vermeiden; interne und externe Evaluierung der Ausgabenpolitiken verstärken, um Effizienz des Mittelleinsatzes zu verbessern (Prüfung von Konsistenz u. Kohärenz, Eignung u. Angemessenheit der Politiken; Bürokratieabbau und Senkung der Verwaltungskosten; stärkerer Einsatz von EIB-Krediten</p> <p><i>Kohäsionspolitik:</i> Prinzipien sind Subsidiarität und Finanzierbarkeit; Verringerung von Entwicklungsrückständen, Ziel ist wachstums- und ausgleichs-optimierte Strukturpolitik; Währung von Subsidiarität und Finanzierbarkeit; Gleichbehandlung bei »phasing out«-Regelungen; Konzentration auf ärmste Regionen (gemessen in BIP/Kopf); daneben auch Förderung anderer Regionen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit; Verbesserung der Zielgenauigkeit der Förderung; Absorptionsfähigkeit berücksichtigen</p> <p>GAP: Fortsetzung der Reformpolitik nach 2014; stärkere Marktorientierung; Abbau der klassischen Elemente wie Preisstützung und Mengensteuerung; Förderung der ländlichen Räume</p> <p><i>Lissabon-Strategie:</i> Schaffung eines europ. Bildungs- und Forschungsraumes (Bildungsmobilität);</p> <p><i>Justiz- und Innenpolitik:</i> Außenpolitik: ENP; Entwicklungsarbeit (territoriale u. sektorale Konzentration)</p>	<p><i>Kriterien:</i> gemeinsames Interesse; Kostenvorteile; Erreichen einer kritischen (Finanz-) Masse; Effizienzgewinne; größerer Anwendungsbereich eines Grundrechts od. einer Grundfreiheit; »aus der Natur der Sache«, Kosten-Nutzen-Relation</p>	<p><i>Prinzipien:</i> Stabilität; Einfachheit; Verwaltungskosten-effizienz und Beitragsgerechtigkeit; BNE-Eigenmittelquelle und traditionelle Eigenmittel als einzige Einnahmequellen; Abschaffung der MwSt-Eigenmittelquelle; Beitragsgerechtigkeit macht Korrekturmehanismus erforderlich, solange auf der Ausgabenseite keine Reform erfolgt; Ablehnung einer EU-Steuer, auch weil die Nettozahlerdebatte dadurch nicht beendet würde</p>

Bundesrat	<p>Ziel des Reformprozesses soll die Erhöhung der Funktionsfähigkeit der EU insgesamt sein;</p> <p>nicht alle Aufgaben und neuen Herausforderungen an die EU erfordern eine gemeinsame Finanzierung;</p> <p>Grundsätze für Ausgaben sind Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit sowie europ. Mehrwert;</p> <p>Einhaltung der Eigenmittelobergrenze;</p> <p>mehrfähriger Finanzrahmen gestattet ein angemessenes Verhältnis von Planungssicherheit und Flexibilität</p>	<p>Umschichtung zugunsten der Lissabon-Strategie; Ausweitung des Instruments der Ko-Finanzierung</p>	<p>Suche nach einer Definition; Definition unter Berücksichtigung der Kompetenzordnung</p>	<p>Neben traditionellen Eigenmitteln nur noch BNE-Eigenmittelquelle;</p> <p>Streichung der MwSt-Eigenmittelquelle;</p> <p>AKM zum Ausgleich von zu hoher Nettobelastung und als Ersatz für GB-Sonderabbatt;</p> <p>keine EU-Steuer;</p> <p>Beibehaltung des Verschuldungsverbots</p>
SPD-Bundestagsfraktion	<p>Finanzmittel müssen den übertragenden Aufgaben entsprechen;</p> <p>Neuausrichtung des Haushalts auf Bildung, Forschung und Innovation</p>	<p><i>Fortsetzung der GAP-Reform</i>: Stärkung der 2. Säule; Förderung der Landbewirtschaftung;</p> <p><i>Lissabon-Strategie</i>: stärkere Ausrichtung des Haushalts auf Ziele der Lissabon-Strategie; europäische Dimension von Forschungs-, Bildungs- und Innovationspolitik ausbauen (ebenso Kulturpolitik)</p> <p><i>Kohäsion</i>: Zielgerichtete Strukturförderung, Verbesserung der Effektivität; Beachtung der Absorptionsfähigkeit; TEN ausbauen;</p> <p><i>Nachhaltigkeitspolitik</i> (Klimaschutz, Biodiversität);</p> <p>Gesundheitspolitik (grenzüberschreitende Politik);</p> <p><i>Außenpolitik</i> und <i>ESVP-Innen- und Justizpolitik</i></p>	<p>Beibehaltung des Verschuldungsverbots; Grundsatz der Beitragsgerechtigkeit, d.h. Beiträge der Mitgliedstaaten gemäß ihrer Wirtschaftskraft; Abschaffung der MwSt-Eigenmittel; BNE-Eigenmittel ausbauen; Abschaffung aller Rabatte und Sonderregelungen, stattdessen AKM;</p> <p>EU-Steuer nur als langfristige Perspektive; zum gegenwärtigen Zeitpunkt wegen der Probleme bei der Ausgestaltung nicht möglich</p>	

Gegenüberstellung der Positionen von Regierungen der EU-Mitgliedstaaten sowie Bundestagsfraktionen und deutschen Verbänden

	Prinzipien / Laufzeit / Sonstiges	Reformbedarf auf der Ausgabenseite und Ausgabeprioritäten	Europäischer Mehrwert	Eigenmittelsystem / Korrekturen, Rabatte u. Allgemeiner Korrekturmehanismus (AKM) / EU-Steuer
CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag	<p><i>Grundsätze:</i> solide Haushaltspolitik, Subsidiarität, Erforderlichkeit und Sparsamkeit; Ausgabenpolitiken werden von Kompetenzzuweisungen vorbestimmt; Kompetenzabgrenzung und Subsidiaritätskontrolle müssen in der EU-Haushaltspolitik ihren Niederschlag finden; realitätsbezogene Überprüfung des Budgets, d.h. Fixierung einer Ausgabenobergrenze von 1 % des EU-BNE; Abbau von Verwaltungs- und Bürokratiekosten, Prüfung der Agenturen</p>	<p><i>GAP-Reform:</i> Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch eine multifunktionale Landwirtschaft (Nahrungsmittelversorgung, Rohstoff- und Energielieferant, Naturschutz und ländlicher Raum); ab 2014 Einführung einer obligatorischen nationalen Ko-Finanzierung (und zugleich Reduzierung der Ausgabenobergrenze des EU-Haushalts)</p> <p><i>Kohäsionspolitik:</i> Konzentration auf ärmste Mitgliedstaaten durch Einführung eines Nettofondsmodells; zugleich Lockerung des EU-Beihilferechts, um größere Spielräume für Regionalbeihilfen zu gewinnen; Absorptionsfähigkeit berücksichtigen; Abschaffung des Globalisierungsfonds (in ESF integrieren); Forschungspolitik als wichtigste Ausgabenpriorität (nach Exzellenzprinzip)</p>	<p>Europ. Mehrwert als zentrales Kriterium für die Definition der EU-Ausgabeprioritäten</p>	<p>Grundsatz der Beitragsgerechtigkeit, d.h. Beiträge müssen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechen;</p> <p>Abschaffung der MwSt-Eigenmittel; Reduzierung des Erhebungsaufwandes bei traditionellen Eigenmitteln; schrittweise Abschaffung der Rabatte und Sonderregelungen und Einführung eines AKM;</p> <p>strikte Ablehnung einer EU-Steuer;</p> <p>Beibehaltung des Verschuldungsverbots</p>

<p>Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen</p>	<p>Ziel ist ein verlässliches, demokratisch legitimes und transparentes Finanzsystem mit langfristiger Perspektive; politische Lenkungswirkung durch neue Einnahmequellen; EU soll ein ökologisches und soziales Profil erhalten, das auch am Haushalt erkennbar wird</p>	<p>EU muss sich durch Umschichtung innerhalb des Budgets stärker den neuen Aufgaben widmen (Klimaschutz, Förderung des ländlichen Raumes und Forschungspolitik) GAP: Fortsetzung der GAP-Reform; Förderung unabhängig von Produktion, sondern für die Erbringung gesellschaftlicher Leistungen (Klima, Umwelt, Natur-, Tier- und Artenschutz); Klimabonus für ökolog. Landbau; Arbeitskräfteinsatz als neue Bemessungsgrundlage für Förderung; stärkere Modulation <i>Kohäsionspolitik</i>: neben regionaler Kooperation und Ausgleich sozialer Ungleichheiten auch ökologische Nachhaltigkeit als neues Förderziel; Konzentration auf ärmste Regionen (gemäß BNE-Kriterium, daneben auch nach Arbeitslosigkeit) <i>Bildung und Forschung</i>: mehr Geld für europ. Forschungs- und Hochschulraum, angemessener Anteil für europ. Kulturpolitik <i>Außenpolitik</i>: zivile Instrumente u. Entwickl.-politik</p>	<p>Mehrwert hat neben der Kosten-Nutzen-Relation und der ökonomischen Dimension auch eine politische, sicherheitspolitische, kulturelle und geostategische Dimension</p>	<p>Stabiles, verlässliches und nachhaltiges Finanzierungssystem durch Treibstoff-Besteuerung und Börsenumsatzsteuer (langfristig ca. 50% der Einnahmen); Beibehaltung des Verschuldungsverbots und der BNE-Eigenmittel; Abschaffung von Korrekturmehrwerten und Rabatten</p>
<p>FDP-Bundestagsfraktion</p>	<p>Stärkung der Haushaltskontrolle (insb. OLAF und Europ. Rechnungshof)</p>	<p>Mehr Mittel für Lissabon-Strategie; TEN, Forschung, Bildung, GASP, Außengrenzenschutz und Europol; Umstellung der Kohäsionspolitik auf eine degressive Förderung mit klar umrissenem Auslaufdatum (max. zwei Förderperioden je Empfänger) und Konzentration auf ärmste Regionen; nationale Ko-Finanzierung in der GAP; Transparenz der Förderempfänger</p>	<p>Mehrwert zeigt sich in Effizienzgewinnen, Synergieeffekten und Einsparung von Ressourcen; enge Verbindung zum Subsidiaritätsprinzip</p>	<p>Abschaffung der MwSt-Eigenmittel und der Rabatte; Herabsetzung der Verwaltungskosten-Pauschale zur Einziehung der traditionellen Eigenmittel auf 10%; Eigenmittelobergrenze bei 1% der Verpflichtungsermächtigungen; Ablehnung einer EU-Steuer</p>

Gegenüberstellung der Positionen von Regierungen der EU-Mitgliedstaaten sowie Bundestagsfraktionen und deutschen Verbänden

Prinzipien / Laufzeit / Sonstiges	Reformbedarf auf der Ausgabenseite und Ausgabeprioritäten	Europäischer Mehrwert	Eigenmittelsystem / Korrekturen, Rabatte u. Allgemeiner Korrekturmechanismus (AKM) / EU-Steuer
BDJ/BDA <i>Reformprinzipien:</i> Transparenz, Effizienz, Beitragsgerechtigkeit <i>Priorität:</i> Ziele der Lissabon-Strategie durch Umschichtungen; Verbesserung von Effizienz und Effektivität der Haushaltsführung	Klare Prioritätensetzung auf Lissabon-Strategie zur Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung; zielgerichtete Investitionen in F&E und Innovationen, Investitionen in Humankapital (Bildung); Einsparpotential und Umschichtungsmöglichkeiten bei GAP und Kohäsionspolitik; Fortsetzung der Modernisierung und Marktorientierung der GAP; Konzentration der Kohäsionspolitik auf wenige Förderschwerpunkte und bedürftigste Regionen	Unabhängige Evaluierungen zur Berechnung des europäischen Mehrwerts	Haushaltsvolumen von 1% des EU-BNE einhalten; MwSt-Eigenmittelquelle abschaffen; keine EU-Steuer
DIHK Handlungsprioritäten der EU müssen sich im Haushalt widerspiegeln; Erhöhung der Flexibilität innerhalb der Haushaltslinien, aber nicht zwischen den Rubriken; fünfjährige Laufzeit (Anbindung an Mandats-/Legislaturperioden von Kommission und EP); dezentrale Mittelverwaltung; Einführung von nationaler Ko-Finanzierung zur Verbesserung der Effizienz; zusätzliche Exekutiv-agenturen	Konzentration auf zentrale Ausgabenprioritäten (Posterioritäten vernachlässigen) <i>Lissabon-Strategie:</i> ist wichtigste Priorität, daher Ausbau von Forschungs-, Innovations- und Bildungspolitik; GAP: Fortsetzung der Reformen Kohäsionspolitik: Einführung des Nettofondsmodells	Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzipien als zentrale Kriterien zur Bestimmung des europäischen Mehrwerts; keine Verlagerung von Kompetenzen durch Deklaration eines europäischen Mehrwerts; Bestimmung keinesfalls durch finanzielle Vorteile	Prinzipien: Einfachheit, Transparenz und Leistungsgerechtigkeit; einziges Eigenmittel sollte BNE-Eigenmittelquelle sein (BNE/pro Kopf); Streichung der MwSt-Quelle; AKM; Ablehnung einer EU-Steuer
Bundesverband Öffentlicher Banken	Wirkungsgrad und Reichweite der EU-Strukturfonds verbessern; stärkere Nutzung revolutionärer Fonds (auch für Privatpersonen); Nutzung von Public Private Partnership (PPP)		

<p>Diakonisches Werk der EKD</p>	<p>Europ. Sozialmodell muss sich im Haushalt widerspiegeln; Engagement für soziale Gerechtigkeit und eine gerechtere und solidarische Gesellschaft; breite haushaltspolitische Grundlage für soziale Balance und Armutsbekämpfung</p>	<p><i>Ausgabenschwerpunkte:</i> soziale Kohäsion (Bekämpfung von Kinderarmut, Familienpolitik); soziale Dimension der Lissabon-Strategie (über Arbeitsmarktpolitik hinausgehend); Strukturfonds (entweder Erhöhung der Finanzierung für soziale Eingliederung oder Quotierung für soziale Projekte; Freistellung von Projekten von nationaler Ko-Finanzierung); Integrationspolitik als Ergänzung von Migration; internationaler Flüchtlingsschutz</p>	<p>Bekämpfung sozialer Ausgrenzung und Förderung der sozialen Balance als europ. Mehrwert</p>
<p>Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege</p>	<p>Europ. Sozialmodell als Ziel und Aufgabe der EU muss sich in entsprechenden Haushaltsmitteln niederschlagen</p>	<p>Orientierung an Nachhaltigkeit der Politiken; Betonung der sozialen Dimension der Lissabon-Strategie</p>	<p>Umfassende Reform des Eigenmittelsystems erforderlich; Skepsis gegenüber einer EU-Steuer</p>
<p>WWF Deutschland, Naturschutzbund Deutschland (NABU), Deutscher Naturschutzing (DNR)</p>	<p><i>Prinzipien:</i> Alle Ausgaben nur für nachhaltige Politik; Gelder nur für Wohlfahrt der gesamten europäischen Gesellschaft</p>	<p>Veraltete Ausgabenpolitik, d.h. kaum Geld für zentrale Herausforderungen der Zukunft wie Klimawandel oder Biodiversität; Nachhaltigkeit der Ausgabenpolitik schließt soziale ökologische und ökonomische Aspekte ein (Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit, Gerechtigkeit, Bildung und Gesundheit, Armutsbekämpfung, Biodiversität und gesunde Ökosysteme) <i>Grundpfeiler:</i> Strategie für nachhaltige Entwicklung: soziale Gerechtigkeit und Absicherung; überarbeitete Lissabon-Strategie; zentrale internationale Verpflichtungen GAP: Umorientierung der GAP auf nachhaltige Entwicklung (Naturschutz, Klimaschutz, Schutz von Ökosystemen; ländliche Entwicklung) <i>Kohäsionspolitik:</i> Konzentration auf nachhaltige Projekte und Klimaschutz; Energie und Klima</p>	

Gegenüberstellung der Positionen von Regierungen der EU-Mitgliedstaaten sowie Bundestagsfraktionen und deutschen Verbänden

	<i>Prinzipien / Laufzeit / Sonstiges</i>	<i>Reformbedarf auf der Ausgabenseite und Ausgabeprioritäten</i>	<i>Europäischer Mehrwert</i>	<i>Eigenmittelsystem / Korrekturen, Rabatte u. Allgemeiner Korrekturmechanismus (AKM) / EU-Steuer</i>
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)	Reform ist erforderlich, um Einnahmenseite zu stabilisieren und von nationalen Interessen unabhängiger zu machen; siebenjährige Laufzeit hat sich bewährt	Klimapolitik als vordringlichste Aufgabe; auch andere Politiken auf Klimaschutz ausrichten (Kohäsionspolitik, Energiepolitik, GAP); Abkehr von Wachstumspolitik der Lissabon-Strategie; GAP auf Klimarelevanz, Naturschutz und Biodiversität umorientieren; grundsätzlich Ko-Finanzierung in der GAP und der Kohäsionspolitik	Mehrwert überall dort, wo grenzüberschreitende Probleme auch grenzüberschreitende Lösungen erforderlich machen	Rabatte und Korrekturmechanismen abschaffen; teilweise Sonderfinanzierung durch Einnahmen aus der Versteigerung der CO ² -Zertifikate